

# N i e d e r s c h r i f t

## über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Rechnungsprüfungsausschusses

am Mittwoch, dem 08.06.2022

im Sitzungsraum 2.5/2.6 im Rathaus

Beginn: 17.33 Uhr

Ende: 20.07 Uhr

### Anwesend:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Andreas Kluckhuhn

#### Ratsfrau / Ratsherr

Herr Klaus Grassau  
Herr Wolf-Werner Haake  
Herr Hauke Hahn  
Herr Reinhard Ruge  
Frau Monika Schmidt

#### Bürgerschaftliche Mitglieder

Frau Claudia Broy  
Herr Hans-Jürgen Holland  
Herr Henrik Schaft  
Herr Klaus-Peter Voigt  
Herr Artur Wrzesinski

#### Von der Verwaltung

Stadtrat  
FD 65  
FD 10  
FD 61  
FD 53  
FD 20  
FD 50  
FD 12  
FD 51  
Stellvertr. Personalratsvorsitzende  
Protokollführung

Herr Michael Knapp  
Frau Erika Jahn  
Herr Holger Krüger  
Frau Heidemarie Schwäke  
Herr Thorsten Sütel  
Herr Hans-Günter Szislo  
Herr Sönke Winter  
Frau Maresa Lund  
Frau Daniela Erdmann  
Frau Britta Stoffer  
Frau Anika von Hoff

### Entschuldigt:

Beratendes Mitglied Herr Ingo Grüßner

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3.	Tagesordnung
4.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom
5.	Einwohnerfragestunde
6.	Anträge und Anfragen
7.	Bericht zum Stand der Planung und der Umsetzung des Projekts Digitalisierung von Maresa Lund
8.	Berichterstattung über die Annahme von Spenden und ähnlichen Zuwendungen gem. § 76 Abs. 4 der Gemeindeordnung (GO) Vorlage: 0474/2018/MV
9.	Umsetzung der Richtlinie des Landes Schleswig-Holstein Gründung des Kompetenzteams Inklusion Vorlage: 1093/2018/DS
10.	Zuwendungs- und Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Neumünster und dem Diakonischen Werk Altholstein GmbH über das Modellprojekt „Ambulante Wohnbetreuung“ Vorlage: 1067/2018/DS
11.	Sportplatz am Volkshaus Ersatzneubau des Umkleidegebäudes Vorlage: 1081/2018/DS
12.	Konzessionsvertrag über die Erbringung des Citymarketing: Jahresbericht 2021 Vorlage: 1084/2018/DS
13.	Zuwendung an die Tierparkvereinigung Vorlage: 1021/2018/DS
14.	Zuwendungsvertrag zwischen der Stadt Neumünster und der Therapiehilfe gGmbH über Leistungen der ambulanten Suchtkrankenhilfe in Neumünster Vorlage: 1061/2018/DS
15.	Qualitätsverbesserung im Fachdienst Gesundheit (FD 53) / Dritte Personalaufstockung im Rahmen des Paktes für den öffentlichen Gesundheitsdienst Vorlage: 1088/2018/DS
16.	Entscheidung darüber, ob eine Vorberatung von Jahresabschlüssen und

	Wirtschaftsplänen der Kommunalunternehmen in den FRA gehört
17.	Auswirkungen der Steuerschätzung Mai 2022 Vorlage: 0466/2018/MV
18.	Vorläufiger Jahresabschluss 2021 Vorlage: 0487/2018/MV
19.	Stand der aufgenommenen Kassenkredite und Schulden für Investitionskredite Vorlage: 0484/2018/MV
20.	Dringliche Vorlagen
21.	Mitteilungen

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Der Ausschussvorsitzende Herr Kluckhuhn eröffnet die Sitzung und verpflichtet zunächst Herrn Artur Wrzesinski per Handschlag als neues bürgerschaftliches Mitglied im Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss. Beide unterzeichnen anschließend die Verpflichtungserklärung.

Herr Kluckhuhn stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Es wird einstimmig beschlossen, die Tagesordnungspunkte 22-26 unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten.

3 .	Tagesordnung der Sitzung vom 08.06.2022
-----	---

Herr Kluckhuhn informiert darüber, dass der Oberbürgermeister einen kurzen Vortrag zum Thema „Umgang mit Stellenbedarf der Verwaltung“ halten möchte. Herr Kluckhuhn schlägt vor, den Vortrag als Unterpunkt a) zu TOP 21 (Mitteilungen) auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Kluckhuhn erklärt weiter, dass der üblicherweise als TOP 5 geführte Punkt „Information über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse“ auf der Tagesordnung fehlt. Die Verwaltung schlägt vor, diesen Punkt mit unter TOP 21 (Mitteilungen) als Unterpunkt b) zu behandeln.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

4 .	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.03.2022
-----	--

Herr Kluckhuhn erläutert, dass in der Niederschrift vom 16.03.2022 zu TOP 8 (Umzug Stadtbücherei) auf eine Anlage 2 verwiesen wurde, die der Niederschrift nicht beigelegt war. Diese konnte bis zur heutigen Sitzung von der Verwaltung auch nicht nachgereicht werden. Herr Kluckhuhn bittet Frau Schwäke (FD 61) um Nachreichung der fehlenden Anlage (Flächenberechnung zur Stadtbücherei) als Anlage zur Niederschrift vom 08.06.2022. Die nachgereichte Flächenberechnung ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

5 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

6 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

Es liegen keine Anträge und Anfragen vor.

7 .	Bericht zum Stand der Planung und der Umsetzung des Projekts Digitalisierung von Maresa Lund
-----	--

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes stellt Frau Lund den Sachstand in Bezug auf das Projekt Digitalisierung dar. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt. Nach der Präsentation merkt Herr Hahn an, dass ein Controlling des Projekts wegen fehlender politisch gesetzter „Meilensteine“ in Bezug auf terminierte Ziele nicht möglich sei. Auch sei nicht nachvollziehbar, warum die Besetzung der noch offenen Stellen für den Bereich der Digitalisierung so schwierig ist.

Herr Voigt äußert ebenfalls sein Unverständnis über die Problematik der Stellenbesetzung. Weiterhin merkt er an, dass eine Information der Bürger über den Stand und die Aussichten des Digitalisierungsfortschritts schwer möglich ist.

Herr Kluckhuhn schlägt vor, dass der nächste Sachstandsbericht im November stattfinden soll. Herr Hahn beantragt, dass die Berichterstattung weiterhin vierteljährlich erfolgt. Frau Lund wird von Herrn Kluckhuhn um einen Sachstandsbericht nach der Sommerpause gebeten.

8 .	Berichterstattung über die Annahme von Spenden und ähnlichen Zuwendungen gem. § 76 Abs. 4 der Gemeindeordnung (GO) <b>Vorlage: 0474/2018/MV</b>
-----	--

Nach Aufruf der Vorlage erläutert Herr Krüger, dass die Verwaltung in der Vergangenheit versäumt hat, die Ratsversammlung regelmäßig über die Annahmen von Spenden und ähnlichen Zuwendungen zu informieren. Dies wird nun mit dieser Mitteilungsvorlage nachgeholt.

Es erfolgt Kenntnisnahme.

9 .	Umsetzung der Richtlinie des Landes Schleswig-Holstein Gründung des Kompetenzteams Inklusion <b>Vorlage: 1093/2018/DS</b>
-----	--

Herr Kluckhuhn bittet um Mitteilung, warum die DS in einer Neufassung als Tischvorlage eingebracht wurde. Frau Erdmann erläutert, dass bei der Behandlung der DS im JHA ein Schreibfehler im Antrag und bei den finanziellen Auswirkungen festgestellt wurde. So wurde für die Schaffung der beantragten Stellen ein Zeitraum vom „01.09.2022 bis 31.12.2022“ anstatt „01.09.2022 bis 31.12.2025“ angegeben. Dieser ist in der Neufassung korrigiert worden.

Auf Nachfrage von Herrn Schaft, ob auch eine tatsächliche Stellenbesetzung erwartet werden kann, erklärt Frau Erdmann, dass sie sehr zuversichtlich ist, die Stellen besetzen zu können.

Herr Voigt fragt nach, wie es zusammenpasst, dass im Antrag ein Zeitraum bis 31.12.2025 genannt wird, laut Pkt. 2 der Drucksache aber die Fördermittel dauerhaft zur Verfügung gestellt werden. Frau Erdmann erklärt, dass nach dem Landeshaushaltsrecht die Förderzeiträume grundsätzlich befristet festgelegt werden. Dem Fachdienst liegen

aber schon schriftliche Aussagen des Landes vor, dass eine unbefristete Förderung erfolgen wird.

Herr Hahn erkundigt sich, ob die Stellen befristet ausgeschrieben werden und wies auf die grundsätzliche Problematik der Besetzung von befristeten Stellen hin. Frau Erdmann erklärt, dass das genaue Vorgehen zur Ausschreibung mit dem Fachdienst 10 abgestimmt werden muss.

Anschließend lässt Herr Kluckhuhn über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Der Vorlage wird mit 2 Enthaltungen und 9 Ja-Stimmen zugestimmt.

**Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung**

10 .	Zuwendungs- und Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Neumünster und dem Diakonischen Werk Altholstein GmbH über das Modellprojekt „Ambulante Wohnbetreuung“ <b>Vorlage: 1067/2018/DS</b>
------	---

Herr Kluckhuhn stellt fest, dass die in Rede stehenden Wohnungen im gesamten Stadtgebiet verteilt sind und nicht nur auf bestimmte Gebiete konzentriert werden.

Frau Broy fragt nach, ob die Stadtverwaltung von ihrem Recht auf Prüfung der Fördermittelverwendung Gebrauch macht bzw. in der Vergangenheit schon Gebrauch gemacht hat. Herr Winter erläutert, dass es bei Angelegenheiten, wie in der DS beschrieben, vorge-schrieben ist, Verwendungsnachweise von den Trägern einzufordern und diese auch erhalten.

Anschließend lässt Herr Kluckhuhn über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Der Vorlage wird mit 1 Nein- und 10 Ja-Stimmen zugestimmt.

**Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung**

11 .	Sportplatz am Volkshaus Ersatzneubau des Umkleidegebäudes <b>Vorlage: 1081/2018/DS</b>
------	--

Herr Hahn teilt mit, dass die angegebenen Baukosten von 561.000 Euro für die Baumaßnahme sehr hoch erscheinen. Er bittet um Mitteilung, wie die Höhe der bezifferten vorläufigen Gesamtkosten zustande kommt. Frau Jahn erklärt, dass die Baukosten mit Hilfe des BKI-Baupreisindex ermittelt worden sind. Die Kosten seien schwer einzuschätzen, weil noch nicht absehbar ist, welche einzelnen Maßnahmen (Verrohrung der Abwasserleitungen, Baumexperten usw.) erforderlich werden.

Herr Ruge stimmt Herrn Hahn hinsichtlich der Baukosten zu und rügt, dass Baukosten beantragt würden, ohne dass klar sei, welche Maßnahmen erforderlich werden. Frau Jahn weist darauf hin, dass die angegebenen geschätzten Baukosten lediglich eine Information

und nicht Gegenstand dieser Drucksache sind. Vielmehr ist in der DS über die konkreten Planungskosten von 46.500 Euro zu entscheiden.

Auf Nachfrage von Herrn Schaft, ob Umweltaspekte bei der Bauplanung berücksichtigt werden, teilt Frau Jahn mit, dass dies an das Planungsbüro weitergegeben wird. Weiterhin bittet Herr Schaft um Mitteilung, ob es eine Alternative zu dem geplanten Neubau geben würde. Frau Jahn erklärte, dass nach Rücksprache mit der unteren Denkmalschutzbehörde auf dem Grundstück keine Alternative zu dem Ersatzneubau besteht. Frau Schwäke ergänzte, dass in der näheren Umgebung Alternativen geprüft wurden. Es gab keine Grundstücke oder Gebäude, die als Alternative geeignet gewesen wären.

Herr Hahn beantragt, dass der Antragstext, wie zuvor im SKSA um den Text: „Dabei ist die Notwendigkeit für einen Lagerraum im Dachgeschoss besonders zu begründen“ ergänzt wird.

Der Änderung wird mit 1 Enthaltung und 10 Ja-Stimmen zugestimmt.

Anschließend lässt Herr Kluckhuhn über die geänderte Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Der geänderten Vorlage wird mit 1 Nein- und 10 Ja-Stimmen zugestimmt.

**Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung**

12 .	Konzessionsvertrag über die Erbringung des Citymarketing: Jahresbericht 2021 <b>Vorlage: 1084/2018/DS</b>
------	--

Frau Broy teilt mit, dass ihr die Bewertung über die Angemessenheit des Konzessionsvertrages schwerfällt, da die Unterlage erst am Vortag bei ihr angekommen sei. Es stand somit keine ausreichende Prüfungszeit mehr zur Verfügung.

Herr Hahn schlägt folgendes vor: Die Verwaltung wird gebeten, den Konzessionsvertrag zur Ratsversammlung nachzureichen.

Anschließend lässt Herr Kluckhuhn über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Der Drucksache wird mit 4 Enthaltungen und 7 Ja-Stimmen zugestimmt.

**Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung**

13 .	Zuwendung an die Tierparkvereinigung <b>Vorlage: 1021/2018/DS</b>
------	--

Herr Grassau erklärt sich für befangen. Er verlässt den Sitzungsraum und nimmt nicht an der Vorberatung und Abstimmung teil.

Herr Kluckhuhn erläutert, dass in der Drucksache eine Anlage zum Entwicklungsbericht fehlt. Zudem wurden noch einige Fragen zu der Drucksache an die Verwaltung gerichtet, die aber bis zum Sitzungstermin nicht beantwortet werden konnten. Herr Kluckhuhn schlägt daher eine Verschiebung des TOP auf die nächste Sitzung vor.

Herr Schaft fragt nach, wie dringend der Tierpark den Zuschuss benötige. Der OBM erläutert, dass die Versorgung der Tiere durch eine Vertagung des TOP nicht gefährdet sei.

Anschließend lässt Herr Kluckhuhn über die Frage der Verschiebung abstimmen.

**Beschluss:**

Dem Antrag auf Vertagung des TOP auf die nächste Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Nach der Abstimmung wird Herr Grassau wieder in den Sitzungsraum gerufen.

14 .	Zuwendungsvertrag zwischen der Stadt Neumünster und der TherapiehilfegGmbH über Leistungen der ambulanten Suchtkrankenhilfe in Neumünster <b>Vorlage: 1061/2018/DS</b>
------	---

Herr Kluckhuhn merkt an, dass die in Punkt 2 des Antrages genannte Anhebungsrate für die Zuwendung von jährlich 3,38 % erläuterungsbedürftig ist. In der Vergangenheit wurden bei vergleichbaren Sachverhalten die Steigerungen der Personalkosten mit durchschnittlich 2,5 % veranschlagt.

Herr Sütel erläutert, dass die ermittelte Anhebungsrate von 3,38 % besonders transparent dargestellt werden sollte. In den Beratungsstellen seien viele Mitarbeitende mit langer Beschäftigungszeit und entsprechend hohen Erfahrungsstufen. Die Personalkosten werden von den Trägern dargestellt.

Herr Kluckhuhn wirft die Frage auf, was eine Zustimmung zu der Anhebung von jährlich 3,38 % für künftige vergleichbare Drucksachen zur Folge hätte. Der Unterschied zwischen einer Steigerung von 2,5 % und 3,38 % könnten mehrere Tausend Euro ausmachen.

Herr Hahn gibt ebenfalls zu bedenken, dass sich der offenbar spitz ermittelte Satz von 3,38 % nicht aus den Angaben der Drucksache nachvollziehen lässt.

Herr Sütel schlägt daraufhin vor, die Kostenkalkulation zur Ratsversammlung nachzuliefern. Er wies ebenfalls darauf hin, dass der aktuelle Vertrag am 30.06.2022 ausläuft und eine evt. Vertagung der DS dazu führen würde, dass kein neuer Vertrag geschlossen werden könnte.

Es wird vorgeschlagen, dass über die 3 Antragspunkte eine Einzelabstimmung erfolgt und die Verwaltung um Erläuterung der Anhebungsrate von 3,38 % zur Ratsversammlung gebeten wird.

Anschließend lässt Herr Kluckhuhn über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Punkt 1: wird mit 1 Enthaltung und 10 Ja-Stimmen beschlossen.

Punkt 2 (alt): wird nicht beschlossen

Punkt 2 (neu) lautet wie folgt: „Die Verwaltung wird gebeten, die Berechnung der in der Drucksache bezifferten Anhebungsrate von 3,38 % vorzulegen.“ Dieser Punkt wird mit einer Enthaltung und 10 Ja-Stimmen beschlossen.

Punkt 3: wird nicht beschlossen.

**Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung**

15 .	Qualitätsverbesserung im Fachdienst Gesundheit (FD 53) / Dritte Personalaufstockung im Rahmen des Paktes für den öffentlichen Gesundheitsdienst <b>Vorlage: 1088/2018/DS</b>
------	---

Herr Hahn fragt in Bezug auf Punkt 2 des Antrages nach, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass die erwähnte Förderung durch das Land kommt. Herr Sütel teilt mit, dass die Förderung mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit in der benannten Höhe kommen wird.

Auf Nachfrage von Frau Broy teilt Herr Sütel mit, dass der Förderantrag beim Land gestellt wurde.

Anschließend lässt Herr Kluckhuhn über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

**Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung**

16 .	Entscheidung darüber, ob eine Vorberatung von Jahresabschlüssen und Wirtschaftsplänen der Kommunalunternehmen in den FRA gehört
------	---

Herr Kluckhuhn erläutert, dass dieser TOP bereits in der vergangenen FRA-Sitzung vertagt wurde, da zunächst ein Meinungsbild des Hauptausschusses eingeholt werden sollte. Herr Kluckhuhn berichtet, dass seine Anfrage (E-Mail) zu dieser Angelegenheit vom Vorsitzenden des Hauptausschusses in der Weise beantwortet wurde, dass der HA nichts gegen eine Vorberatung durch den FRA hätte. Herr Kluckhuhn gibt an, dass diese Antwort für ihn unbefriedigend sei. Er hätte gerne eine eindeutige Stellungnahme des Hauptausschusses. Weiterhin gibt Herr Kluckhuhn an, dass er persönlich eine vollumfängliche Beteiligung des FRA nicht für erforderlich, sondern eine gelegentliche Berichterstattung der kommunalen Unternehmen für ausreichend hält.

Herr Hahn teilt mit, dass er und Herr Kühl die Vorberatung des FRA persönlich begrüßen würden. Der FRA hätte dann wieder die Funktion eines Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses und zudem auch die Kapazitäten, sich mit den komplexeren Themen der kommunalen Unternehmen zu beschäftigen.

Herr Schaft gibt zu bedenken, dass bürgerschaftliche Mitglieder nicht die Möglichkeiten haben, Informationen von Mitgliedern der Aufsichtsräte der kommunalen Unternehmen zu erhalten.

Herr Voigt fragt nach, in welcher Form, die Vorlagen der kommunalen Unternehmen eingehen. Auf die Antwort „sowohl schriftlich als auch digital“ teilt Herr Voigt mit, dass dann nur eine sporadische Beteiligung des FRA erfolgen sollte.

Frau Broy teilt mit, dass der FRA sich auch ohne den Hauptausschuss zu dem Thema positionieren kann. Herr Ruge stimmt dieser Ansicht zu.

Herr Kluckhuhn lässt darüber abstimmen, wer für das Abwarten einer Stellungnahme des HA ist. Der Antrag auf Abwarten einer Stellungnahme des HA wurde mit 3 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

Anschließend lässt Herr Kluckhuhn darüber abstimmen, ob eine Vorberatung von Jahresabschlüssen und Wirtschaftsplänen der kommunalen Unternehmen im FRA erfolgen soll.

**Beschluss:**

Der Ausschuss stimmt mit 2 Nein- und 9 Ja-Stimmen für eine Vorberatung der Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne der kommunalen Unternehmen.

17 .	Auswirkungen der Steuerschätzung Mai 2022 <b>Vorlage: 0466/2018/MV</b>
------	---

Herr Voigt bittet um Mitteilung, ob es für die positive Steuerschätzung besondere Gründe gibt. Herr Szislo erklärt, dass immer noch eine gute konjunkturelle Lage vorliegt.

Herr Knapp weist darauf hin, dass das tatsächliche Steueraufkommen von erheblichen Unwägbarkeiten (Entwicklung Corona-Pandemie, Ukrainekrieg, denkbare Steuererleichterungen als Reaktion auf gestiegene Energiepreise) abhängen wird, die zum Zeitpunkt der Steuerschätzung nicht eingepreist werden können.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

18 .	Vorläufiger Jahresabschluss 2021 <b>Vorlage: 0487/2018/MV</b>
------	--

Herr Knapp teilt mit, dass der Jahresabschluss einen Jahresfehlbetrag ausweist, der allerdings geringer als im Vorjahr ausgefallen ist. Der seit 2017 festzustellende negative Trend der finanziellen Gesamtlage setzt sich weiter fort und zeigt sich u.a. im erneuten Verzehr von Eigenkapital sowie in einem im zweiten Jahr in Folge unter 100% liegenden Aufwandsdeckungsgrad (2021: 98%; 2020 96%). Neben der Umsetzung der beschlossenen Konsolidierungsvorhaben muss jede weitere Aufgaben- und Ausgabenausweitung kritisch auf Wirkung überprüft, um auch dadurch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt Neumünster wiederherzustellen.

Herr Szislo stellt die wichtigsten Eckwerte des Jahresabschlusses in einer Präsentation vor, die dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt ist.

Am Ende der Präsentation fasst Herr Szislo zusammen, dass die Stadt Neumünster ihr Eigenkapital weiter aufzehrt und das Land zudem die ursprünglich geplanten Kredite in 2021 und 2022 gekürzt hat. Auch die Finanzplanung fällt künftig negativ aus.

Herr Hahn merkt an, dass der Jahresabschluss positiver ausgefallen ist, als geplant und sich das Anlagevermögen trotz der hohen Abschreibungen sogar noch erhöht hat. Dennoch ist zu erwarten, dass die Stadt nicht mehr dauernd leistungsfähig sein wird. Die

Zinsentwicklungen und Stellenbedarfe müssen auch bei künftigen Haushaltsplanungen berücksichtigt werden.

Herr Kluckhuhn merkt an, dass die Gewerbesteuer 2021 besonders hoch war und die Einsparungen bei den Personalkosten von rd. 8 Mio. Euro wohl auf eine Vielzahl nicht besetzter Stellen zurückzuführen sein dürfte.

Herr Knapp ergänzt, dass die künftige Planung der Personalkosten einen rückblickend durchschnittlichen Anteil unbesetzter Stellen berücksichtigen sollte, um die Diskrepanz zwischen Planwert und Ist zum Jahresende zu reduzieren.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

19 .	Stand der aufgenommenen Kassenkredite und Schulden für Investitionskredite <b>Vorlage: 0484/2018/MV</b>
------	--

Herr Grassau fragt an, wie die Zinsentwicklung bei Kassenkrediten sich derzeit darstellt. Herr Szislo erläutert, dass derzeit negative Zinsen entstehen, die Stadt bei Aufnahme von Kassenkrediten somit noch Geld erhält. Für die Jahre 2023 / 2024 werden allerdings wieder positive Zinsen für Kassenkredite erwartet.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

20 .	Dringliche Vorlagen
------	---------------------

Keine

21 .	Mitteilungen
------	--------------

#### TOP 21 a: Bericht des Oberbürgermeisters über das geplante Verfahren zur Anforderung zusätzlicher Planstellen

Herr Bergmann berichtet, dass die Verwaltung in der Vergangenheit die Schaffung von Planstellen in jedem Einzelfall begründet und der Ratsversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt hat. Dieses Verfahren ist sehr arbeitsintensiv und von der Selbstverwaltung in der Sache kaum zu prüfen.

Herr Bergmann erläutert, dass im Rahmen der Vorgespräche zur Haushaltsplanung 2023/2024 eine Änderung der Verfahrensweise bei Anmeldungen von Stellenbedarfen vorgenommen werden soll.

In 2022 wird es keine Drucksachen zur Schaffung von neuen Planstellen mehr geben. Hiervon ausgenommen sind Planstellen, die vollständig refinanziert sind. Der Stellenbedarf 2023/2024 wird mit Beschluss des Stellenplanes festgeschrieben.

Im Einzelnen ist folgende Verfahrensweise vorgesehen, die in einer Flipchartübersicht schematisch dargestellt ist (Anlage 4):

Die Fachdienste ermitteln die in Ihren Aufgabenbereichen erforderlichen Stellenmehrbedarfe und melden diese an die zuständige Sachgebietsleitung. Diese prüft die Bedarfe und nimmt ggf. Veränderungen vor. Die Sachgebietsleitungen legen den von ihnen ge-

prüften Stellenbedarf für ihr Sachgebiet dem Verwaltungsvorstand zur Prüfung und Entscheidung vor. Daraus ergibt sich der Stellenmehrbedarf für die gesamte Verwaltung.

Gleichzeitig wird die Stellenplanentwicklung der letzten 3 Jahre betrachtet. Daraus wird ein durchschnittlicher jährlicher Planstellenaufwuchs ermittelt.

Die Differenz zwischen dem Stellenmehrbedarf der Verwaltung und dem durchschnittlichen jährlichen Stellenaufwuchs sollen einen Entscheidungsrahmen für die Selbstverwaltung darstellen. Die Selbstverwaltung legt daraufhin eine Anzahl von zusätzlich genehmigungsfähigen Stellen fest. Bis zur Höhe der festgelegten zusätzlichen Stellenanzahl entscheidet die Verwaltung in eigener Zuständigkeit über die zu schaffenden und zu besetzenden Planstellen.

Dieses Verfahren soll im Rahmen der Haushaltsgespräche konkretisiert und zunächst für das Haushaltsjahr 2023 angewendet werden.

Frau Broy gibt an, dass die Vorgehensweise prinzipiell gut ist. Die alleinige Betrachtung der vergangenen Jahre für die Gegenüberstellung ist dabei allerdings nicht ausreichend, da z. B. aus der Digitalisierung mit Einsparungen zu rechnen ist.

Herr Grassau und Herr Hahn begrüßen den Vorschlag ebenfalls grundsätzlich. Der konkrete Vorschlag müsse aber abgewartet werden.

#### TOP 21 b: Information über die in der Sitzung vom 16.03.2022 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse

In der Sitzung vom 16.03.2022 wurden keine Beschlüsse unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefasst.

gez. Andreas Kluckhuhn  
(Ausschussvorsitzender)

gez. von Hoff  
(Protokollführerin)